

Mehr Geld für die Pflege

Betreuungs- und Pflegegeld soll eingeführt werden – Maximal 180 Franken am Tag

VADUZ – Menschen, die kranke und ältere Angehörige zu Hause pflegen, sollen künftig finanziell besser unterstützt werden. Damit wird einer langjährigen Forderung der FBP Rechnung getragen.

• Michael Benvenuti

Die Pflege von älteren und kranken Angehörigen ist nicht nur eine enorme physische und psychische Belastung, sondern bedeutet für die Familien zumeist auch einen grossen finanziellen Aufwand. Die FBP-Abgeordneten Doris Frommelt und Josy Biedermann hatten deshalb bereits im Frühjahr 2007 gefordert, «die Unterstützung für die Pflege und Betreuung von Angehörigen zu Hause zu verbessern». Dieser Forderung wurde nun von der Regierung Rechnung getragen.

Wie Regierungsrat Hugo Quaderer gestern erklärte, soll im kommenden Jahr ein Betreuungs- und Pflegegeld für die Hauspflege eingeführt werden. Dieses soll maximal 180 Franken pro Tag betragen und an alle betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen unabhängig ihres Alters und Einkommens ausbezahlt werden – und zwar zusätzlich zur Hilflosenentschädigung. Zum Vergleich: Momentan beträgt das Pflegegeld maximal 100 Franken pro Tag – inklusive Hilflosenentschädigung.

Finanziert werden soll das Betreuungs- und Pflegegeld zu je 50 Pro-



Pflege daheim – statt im Heim: Dieses Ziel verfolgt die Regierung mit der Einführung des Pflegegeldes.

zent von Staat und Gemeinden. Die Kosten werden laut Hochrechnung von derzeit 1,5 Millionen auf 2,7 Millionen Franken pro Jahr steigen, erklärte Cornelia Marxer-Broder vom Ressort Soziales.

Nur ein erster Schritt

Doris Frommelt zeigte sich vom Entwurf der Regierung «insofern zufrieden, dass zumindest mittelfristig eine Verbesserung» gewährleistet sei. Eine Entlastung sei aber sofort

nötig, forderte Frommelt, zumal das Betreuungs- und Pflegegeld frühestens im Frühsommer 2009 eingeführt werde. Doch auch hier ist eine Lösung in Sicht, wie der zuständige Regierungsrat Martin Meyer auf «Volksblatt»-Anfrage bestätigte: So soll es auch in der Übergangsphase möglich sein, zusätzlich zum Pflegegeld die Hilflosenentschädigung zu beziehen. «Diese Änderung könnte noch in diesem Jahr in Kraft treten», hofft Meyer.

Langfristig gesehen komme Liechtenstein aber nicht umhin, die Finanzierung von Betreuung und Pflege auf völlig neue Füsse zu stellen, sind Meyer und Frommelt überzeugt: «Es muss ein Konzept zur Einführung einer umfassenden Pflegeversicherung geprüft werden.»

Die Vernehmlassungsfrist läuft bis zum 24. Oktober 2008. Der Bericht kann bei der Regierungskanzlei oder im Internet unter www.rk.llv.li (Vernehmlassungen) bezogen werden.